

DDR Anpassung oder Widerstand praktiziert habe: Die Einzeluntersuchung anhand des vorliegenden Fallbeispiels „erlaubt beide Vereinfachungen nicht“ (XV).

Während die Kirchenvertreter es für ausschlaggebend hielten, daß der von Falcke eingebrachte Antrag zur „Abgrenzung“ keine Mehrheit fand, war es für die Staats- und Parteivertreter entscheidend, daß diese Thematik über die West-Medien in die Öffentlichkeit gebracht werden konnte. Hinzu kamen einige durchaus staatskritische Tendenzen im Friedenswort der Synode. Die Folge war ein signifikanter Kurswechsel in der DDR-Kirchenpolitik (u. a. Absage der geplanten Staat-Kirche-Gespräche, Zensur von Kirchenzeitungen, Gewaltmaßnahmen gegen Basisgruppen), der mit der fortschreitenden inneren Destabilisierung zusammenfiel bzw. diese verstärkte.

Die Komplexität der historischen Wirklichkeit wird durch die vorliegende Untersuchung adäquat analysiert. Der Ablauf der Ereignisse wird akribisch geschildert, so daß ein zutreffendes Bild sowohl von der Gespanntheit der Atmosphäre im Herbst 1987 als auch von der Hypertrophie staatlicher Kontrollbürokratie entsteht. Die handelnden Personen auf beiden Seiten werden in ihrem kirchenpolitischen Profil gut erkennbar durch die Darstellung ihrer Äußerungen und Handlungen. Gelegentliche Wiederholungen ergeben sich aus der getrennten Analyse der verschiedenen Gremien und Handlungsebenen. Leider erfährt man den Verlauf der Synode nur anhand der Plenaransprachen; die wichtigeren Ausschußberatungen werden weder dokumentiert noch dargestellt, weil „in den Archiven bisher keine Aufzeichnungen über Ausschußsitzungen gefunden“ wurden (13). Gerade dieses Manko, das nicht durch subjektive Rekonstruktions- bzw. Annäherungsversuche behoben wird, bestätigt, daß wir es insgesamt mit einer wissenschaftlich zuverlässigen Auswertung aller verfügbaren Quellen zu tun haben. Der Hauptautorin Anke Silomon gebührt Anerkennung für ihre seriöse Arbeit. Daß die EKD sich nicht mehr imstande sieht, weitere Projekte auf dem Niveau des vorliegenden Paradigmas zu fördern, ist ein Armutszeugnis nicht nur hinsichtlich der tatsächlichen Not fehlender Finanzmittel. Denn die Erforschung der DDR-Kirchengeschichte ist methodisch durch Silomons Arbeit und Mehlhausens Konzeption auf eine neue Grundlage gestellt worden.

Münster

Wolf-Dieter Hauschild

*Frédéric Hartweg (Hrg.): SED und Kirche.*

Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 1: SED 1946-1967. Bearbeitet von *Joachim Heise*; Band 2: SED 1968-1989. Bearbeitet von *Horst Dohle*, Neukirchen-Vluyn (= Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert [Quellen] 2/1-2) 1995, 48, 592 und 28, 708 S., kt., ISBN 3-7887-1429-8, 3-7887-1430-1.

Das auf drei Bände konzipierte Werk über die Kirchenpolitik der SED gegenüber der evangelischen Kirche in der DDR dokumentiert anhand zentraler parteiamtlicher Akten die Zeit von 1946 bis 1989. Die ersten beiden Bände legen bislang unzugängliche Akten vor (Beschlüsse des Politbüros der SED, Beschlußvorlagen und Lageeinschätzungen der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED, auch Niederschriften über Verhandlungen und Gespräche mit kirchlichen Vertretern bei den mit Kirchenfragen befaßten staatlichen Gremien u.a.). Sie vermitteln einen zuverlässigen Einblick in die Kirchenpolitik des SED-Systems und haben insofern unter herrschaftsgeschichtlichem Aspekt erhebliche Quellenrelevanz gerade auch für die künftige DDR-Kirchengeschichtsschreibung. Unabhängig von ihrer unbestreitbaren Forschungsrelevanz vermitteln sie dem zeitgeschichtlich Interessierten wichtige Einblicke in ein Kapitel DDR-deutscher Nachkriegsgeschichte.

In chronologischer Abfolge werden insgesamt 97 bzw. 120 in der Regel mehrseitige Texte vorgelegt. Band 1 setzt Juli 1946 ein, veranschaulicht die kirchenpolitischen Ambitionen der SED in der sowjetischen Zone und führt bis 1967. Band 2 beginnt mit der Diskussion um die neue DDR-Verfassung 1968 und der Gründung des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR 1969 und führt bis zur „Wende“ Herbst 1989: das letzte Dokument bildet eine umfangreiche interessante Gesprächsniederschrift des nach Honeckers Rücktritt neugewählten Generalsekretärs der SED Egon Krenz über die Begegnung mit dem thüringischen Landesbischof Leich als Vorsitzender des Kirchenbundes am 19. Oktober 1989: Einforderung von Reformen und demokratischer Freiheiten durch die Amtskirche werden hier deutlich.

Die den einzelnen (drei bzw. vier) Großkapiteln vorangestellten sachkundigen Einführungen der Bearbeiter gewähren einen Durchblick durch die jeweiligen Etappen des Kirche-Staat-Verhältnisses in

der DDR (mit einigen Dokumenten aus den Jahren 1946 bis 1949). Diese längeren Einführungen zu den einzelnen Kapiteln der Dokumentenpräsentation sind durch Verweise (im Text) und Anmerkungen in Fußnotenform sorgsam belegt. Als Benutzungshilfsmittel sind jedem Band beigegeben: Dokumentenverzeichnis, Übersicht über die jeweilige personelle Besetzung der Führungsgremien der SED (Politbüro und Zentralkomitee), instruktive Zeittafel, Literaturverzeichnis sowie Personenregister mit Amtsbiogrammen. Der raschen Ermittlung in den Dokumenten vorkommender Einzelsachverhalte (z.B. über die Jugendweihe o.ä.), sofern sie sich nicht aus dem Dokumentenverzeichnis ermitteln lassen, hätte ein Sachregister dienen können.

Dem Herausgeber der Bände, Frédéric Hartweg (Paris), Professor für Politische Landeskunde Deutschlands an der Universität Straßburg, zugleich korrespondierendes Mitglied und Sektionsberater der Historischen Kommission zu Berlin, kommt eine protektorische Funktion bei der Edition der Bände zu. Seine beiden zeitgeschichtlich bemerkenswert aspektreichen Herausgebervorworte verstehen sich als „französischer Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Versachlichung der Gegenwartsdiskussion durch einen Blick von außen“ (Bd. 2/1 S. XXXIV).

Auf die katholische Kirche innerhalb der DDR, nach der Volkszählung des Jahres 1964 etwa acht Prozent der Bevölkerung umfassend (evangelische Kirche damals noch 61 Prozent), ist gelegentlich punktuell Bezug genommen (so z.B. Gespräch des Berliner Bischofs Weskamm mit Grotewohl 1952 wegen katholischer Ausbildungsstätte für Priesternachwuchs in der DDR, Bd. 2/1 S. 75-77). Sonstige Bezugnahmen auf die katholische Kirche können durch das Personenregister ermittelt werden. Eine vergleichbare Dokumentation parteiamtlicher Akten zur katholischen Kirche in der DDR steht allerdings noch aus. Auch der freikirchliche Bereich bleibt ausgespart.

Die Bearbeiter der beiden Bände, ihrem Studium und ihrer Profession nach Historiker, haben schon vor „Wende“ und Wiedervereinigung einschlägig gearbeitet: J. Heise (geb. 1946) hat als Mitarbeiter bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED entsprechende Graduiierungsarbeiten vorgelegt und wirkt derzeit als Mitarbeiter am „Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung“ in Berlin. H. Dohle (geb. 1935),

langjährig überwiegend im Staatssekretariat für Kirchenfragen tätig, habilitierte sich 1988 einschlägig über „Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978“. Ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter und Persönlicher Referent der Staatssekretäre für Kirchenfragen der DDR Hans Seigewasser (1960-1979) und Klaus Gysi (1979-1988) besitzt er Insider-Einblicke in das zentrale staatliche Kirchenressort. Der historiographische Standard der Dokumentationsbände wie die konzeptionelle Gestaltung ihrer Einführungstexte sprechen für die Kompetenz der Autoren.

Band 3 soll die kirchenamtliche Gegenüberlieferung bieten und wird von Martin Onnasch (Kirchenhistoriker in Naumburg, jetzt Greifswald) verantwortet, der von vornherein an dem Projekt beteiligt war. Die ursprünglich vorgesehene Gegenüberstellung kirchlicher Reaktionen auf die Vorgänge, wie sie in den Parteiakten der zentralen „SED-Ebene“ dokumentiert sind, unterblieb aus vorwiegend arbeitsorganisatorisch-technischen Gründen. Dieser noch ausstehende dritte Band soll belegen, „wie die Kirchen die Situation an bestimmten Brennpunkten analysierten und ihre Entscheidungen festlegten“ (Bd. 2/1 S. XXXVI f., 2/2 S. XVII f.). Ein solcher Versuch gilt als riskant, da auch kirchenoffizielle Meinungsbildung nicht durchweg schriftlichen Niederschlag fand. Die kirchlichen Analysen seien trotzdem erstaunlich realitätsnah gewesen. Auf das Problem einer angemessenen historischen Beurteilung des Umgangs mit kirchenpolitischen Einwirkungen der Staatssicherheit wird hingewiesen (Notwendigkeit, Nutzen und Legitimität sicherheitspolitischer Kontakte kirchlicher Exponenten). Welche Modifikation das aus den zentralen Parteiakten gewonnene Bild der Beziehungen von SED-System und evangelischer Kirche durch die Dokumentation kirchlicher Akten erfahren wird, bleibt abzuwarten.

Daß die wissenschaftliche Diskussion zum Maßstab der Beurteilung gemacht wird und „weniger die politisch-moralischen Kriterien der Tageskämpfe“ (Bd. 1 S. XXXVII), ist der Wunsch der Autoren. Die gewollte Konzentration auf alle kirchenpolitisch relevanten Akten der „Königsebene“ des Politbüros“ der SED vermittelt einen interessanten Einblick in die „Entscheidungen im Zentrum der Macht zu kirchenpolitischen Fragen seit 1946“. Eine stringente Konzeption innerhalb des Führungskreises der dominierenden Staatspartei war keineswegs zu allen Zei-

ten vorhanden. Vielmehr sind es oft deutschland- und außenpolitische Faktoren, die Wendungen auch und gerade in der Kirchenpolitik herbeiführten (Bd. 2/1 S. XXXVI). Auch wehr- und sicherheitspolitische Fragen, Kultur- und Schulpolitik, die als „Machtfragen“ galten, spielten immer wieder eine erhebliche Rolle beim Umgang der SED mit den Kirchen.

Die Übermittlung kirchenpolitisch relevanter Beschlüsse an die regionale Funktionärsebene und Wege ihrer Umsetzung in die Praxis werden nur vereinzelt aufgezeigt. Die zentrale Ebene der politischen Führung und ihre Wahrnehmung der Probleme stehen im Vordergrund: „Nur indirekt und an weniger Stellen konnte deutlich werden, wie andere Parteien wie die CDU und andere staatliche Behörden wie das Staatssekretariat für Kirchenfragen die Entscheidungen der SED-Führung mitgestaltet, beeinflußt oder umgesetzt hatten.“ Das hätte den Rahmen der ohnehin voluminösen Dokumentation gesprengt: „So fehlen durchweg Hinweise darauf, wie das Ministerium für Staatssicherheit in Kirchenfragen tätig geworden ist und wer seine Aktivitäten veranlaßt hat. Das entspricht dem Quellenbefund und zugleich der Regel konspirativer Arbeit.“ (Bd. 2/2 S. XVII).

Die charakteristische systeminhärente „Doppelstrategie“ der SED, auf die Dohle bereits in seiner auf engerer Quellenbasis beruhenden Habilschrift (1988) aufmerksam gemacht hat, wird bei der Lektüre der Texte immer wieder deutlich. Die atheistische Religionskritik und andere parteipolitisch-ideologische Fixierungen haben der SED die gesellschaftsintegrative Einbeziehung des Kirchentums erschwert. Schon die Frühzeit (1946–1948) wird mit der Überschrift „Zwischen Toleranz und ideologischem Dogma“ gekennzeichnet (Bd. 2/1 S. 15); die Jahre bis 1953 stehen unter der Signatur „Zwischen Kirchenkampf und Kompromiß“ (Bd. 2/1 S. 24). Von Anfang an zeichnete sich dieser ideologieverhaftete politische Trend der kirchenpolitischen Strategie und Taktik ab, der schon religiös-sozialistischen Kreisen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren beschwerlich war. Mit wechselnder Intensität kam es zu Repressionen und Konflikten (Attacken gegen die Junge Gemeinde 1952/53, Jugendweihefrage 1955 ff. u.a.). Latente Spannungen und Konfrontationen belasteten auch später immer wieder das Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR. Der Grundsatz „Trennung von Staat und Kirche“, kirchlicherseits zur Wahrung der Eigenständigkeit betont,

diente parteiseitig der Abwehr kirchlicher Gesellschaftskritik. Die staatliche Differenzierungspolitik zwischen den kirchlichen Kräften, ursprünglich auf fortschrittliche kirchliche Kreise und Gruppierungen, später auch auf Landeskirchenleitungen bezogen („Thüringer Weg“), wurde nach der staatlichen Anerkennung des 1969 gegründeten, zunächst eher argwöhnisch beurteilten „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ beibehalten. Kritik und Favorisierung einzelner Kirchenleitungen und kirchenleitender Persönlichkeiten lösten nicht selten einander ab. Zu wirklicher Partizipation des evangelischen Kirchentum kam es nicht, wengleich die Förderung ökumenischer Kontakte dem außenpolitischen Legitimationsbedürfnis der DDR der 70er Jahre dienstbar gemacht wurde. Ein friedenspolitisch und menschenrechtlich begründetes „begrenztes politisches Mandat“ der Kirche (so Landesbischof Johannes Hempel) hat die SED indes nicht wirklich zu akzeptieren vermocht. Reformunfähigkeit und Rückgriff auf polizeistaatliche Methoden der 50er Jahre wurden in den 80er Jahren wieder verstärkt sichtbar, wobei den Kirchenleitungen gelegentlich eine Disziplinierung innerkirchlich agierender Reformkräfte zugemutet wurde.

Alle drei Autoren weisen mit Recht darauf hin: Daß die kirchliche Unabhängigkeit keineswegs verloren ging, zeigen die Reaktionen auf kirchliche Beschlüsse in der Führungsebene der SED. Man registrierte dort die Unangepaßtheit und mangelnde Verfügbarkeit über die Kirchen mit dauerndem Ärger (Bd. 2/1 S. XXXVII). Dies übrigens eine These, wie sie sich auch in der Analyse von Rudolf Mau findet (Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED. Göttingen 1994). Jedenfalls: Die Meinung einer unangemessen großen Angepaßtheit der Kirchen findet keine Stütze in den SED-internen Texten. Die Geschichte des Verhältnisses von SED und Kirche seit 1946 ist vielmehr eine „ständige Auseinandersetzung, keineswegs ein Prozeß zunehmender Harmonie“ (Bd. 2/1 S. 8) Insofern eignet der Staatspolitik der DDR in Kirchenfragen eine unverkennbare „Ambivalenz“. Zwar ist zumal in der Spätphase der DDR im Vergleich zu den fünfziger Jahren der Zeitpunkt des nach marxistischen Vorstellungen zu erwartenden „Absterbens der Religion“ auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben (vgl. Bd. 1 S. 139). Es wird einem mehr pragmatischen Kalkül gehuldigt:

Kirchlich bedingte gesellschaftspolitische Störungen sollen abgewehrt, die Kirche zugleich als Stabilisierungselement sozialistischer Gesellschaft, als zusätzliche Legitimationsquelle der eigenen Politik in Anspruch genommen werden, ohne ihr Gestaltungsrechte an dieser Politik einzuräumen. Gesellschaftspolitisches „Mitspracherecht“, kritisches „Wächteramt“ der Kirche und jedwede kirchliche Funktion als „gesellschaftliches Korrektiv“ wurden staatlicherseits abgelehnt. Am ehesten klappte die Kooperation im wirtschaftlichen Bereich (Transferleistungen), die indes strikte Vertraulichkeit voraussetzte.

Diese „Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konfrontation“ in den Dokumenten wird durchweg deutlich an parallelen Ereignissen: 1971 staatliche Akzeptanz des 1969 gegründeten Kirchenbundes und gleichzeitig administrativer Druck auf die kirchliche Jugendarbeit mit Hilfe der Veranstaltungsverordnung; Grundsatzgespräch der Repräsentanten des Kirchenbundes mit Honecker am 6. März 1978 mit Zugeständnissen an die Kirchen, sofort danach Konflikt um den Wehrkundeunterricht; staatliche Kooperation und Öffnungsimpulse bei der Luther-Ehrung 1983, gleichzeitig härterer Einsatz gegen Friedensdekaden, gegen pazifistische und ökologische Gruppen.

Die editorisch gut aufbereiteten und kommentierten Dokumentenkorpora parteiamtlicher Akten der höchsten Führungsebene der DDR zur Kirchenpolitik gegenüber der evangelischen Kirche lassen die beiden Bände zu einem ebenso grundlegenden wie forschungsproduktiven Beitrag werden, der für die weitere Aufarbeitung der DDR-Geschichte wichtig ist. Sie können zu kritisch-objektiver Klärung des verschiedentlich noch emotional besetzten Themas beitragen.

Leipzig

Kurt Meier

*Detlef Pollack: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart – Berlin – Köln (Verlag W. Kohlhammer) 1994, 515 S., kt., ISBN 3-17-013048-X.*

Diese Habilitationsschrift an der Bielefelder Fakultät für Soziologie, abgefaßt von einem Theologen und Religionssoziologen aus Leipzig, bewegt sich im Zwischenbereich von Soziologie und Zeitgeschichte. Ihr Gegenstand ist die Lage der

evangelischen Kirchen in der DDR von 1949 bis 1989. Auf der Basis einer „theoriegeleiteten Analyse der Sozialstruktur der DDR“ (S. 12) stellt der Vf. die Frage, welche Veränderungen der Theologie, der Organisationsstruktur und des „Umweltverhältnis[es]“ sich in den Kirchen während der vierzigjährigen Existenz der DDR vollzogen haben und wie sie zu erklären sind.

Gegliedert ist die Studie in fünf Kapitel: 1. „Überblick über den Stand der Forschung“ (S. 15–37). 2. „Organisationsgesellschaft DDR: Bemerkungen zur Sozialstruktur der DDR“ (S. 38–77). 3. „Die gesellschaftliche Lage der evangelischen Kirchen in der DDR von 1949 bis 1989“ (S. 78–372). 4. „Religiosität und Kirchlichkeit“ (S. 373–445). 5. „Der Umbruch in der DDR – eine protestantische Revolution?“ (S. 446–455). Wie man sieht, ist das mit Abstand umfangreichste Kapitel jenes, das Perspektiven der Zeitgeschichte aufnimmt, Kapitel drei.

Die Ausführungen zur Forschungslage (Kapitel 1), zur „Sozialstruktur“ der DDR (Kapitel 2), das kirchen- und religionssoziologische Kapitel 4 sowie Kapitel 5 bieten, obwohl sie zusammengenommen kürzer sind als Kapitel 3, die meisten Neuigkeiten. Bevor auf die Studie näher eingegangen wird, sei eine methodische Zwischenbemerkung eingeschaltet. Der Vf. beschreibt seinen Verfahrungsweg als „lockere[s] Hin- und Hergehen zwischen theoretischen Annahmen und empirischen Analysen“ (S. 12). Damit wirft er ein Problem auf, das nicht nur für die Soziologie von Bedeutung ist. Das präferierte „lockere Hin- und Hergehen“ zwischen Theorie und Empirie unterbietet m. E. die Problemlage. In der Geschichtswissenschaft gilt das Verhältnis von Theorie und Empirie als ungelöst. In der Soziologie sprach Max Weber seit 1904 von der „intensive[n] Unendlichkeit alles empirisch gegebenen Mannigfaltigen“, welche am Ende die Möglichkeiten vernichte, sinnvoll über das Ganze und seine Teile zu sprechen. Sich auf dem Weg der Empirie zu einer Theorie hochzuarbeiten, ist in den Geistes- und Sozialwissenschaften zuletzt ebenso problembelastet wie der Weg von der Theorie zur Empirie. Man hätte gern mehr und Genaueres über die methodisch-methodologische Gedankenwelt des Vf.s erfahren.

In Kapitel I bietet der Vf. in gedrängter Form einen in „DDR-Kirchenforschung in der Bundesrepublik“, in „Religionssoziologische Ansätze in der DDR“ und in „Untersuchungen seit der Wende“ gegliedert